

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.03.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender

Wessels, Johann

SPD-Fraktion

Grix, Helga
Jahnke, Horst
Mecklenburg, Rico
Meyer, Lina
Stöhr, Friedrich

für Kai-Uwe Schulze (bis 19:00 Uhr)
(ab 17:43 Uhr)

für Benjamin Swieter
für Horst Götze

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut
Hoffmann, Monika

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich
Eilers, Hillgriet

für Heino Ammersken

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Koziolak, Stephan-Gerhard

Verwaltungsvorstand

Brinkmann, Alwin Oberbürgermeister
Docter, Andreas
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Mansholt, Dieter
Ammermann, Uwe
Baumann, Albert
Stomberg, Beate
Kalkwarf, Holger
Wegbänder, Martin
Willms, Artur

(bis 18:40 Uhr)

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Wessels begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lutz bittet darum, den Tagesordnungspunkt 7 „Betrauungsakt für Krankenhaus, europarechtliche Absicherung der Verlustausgleiche“ von der Tagesordnung zu nehmen, da diese Vorlage nicht rechtzeitig zur Sitzung gefertigt werden konnte. Die Verwaltung habe in dieser Angelegenheit eine Steuerberatungsgesellschaft beauftragt, der es jedoch nicht gelungen sei, die Unterlagen rechtzeitig fertig zu stellen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 21.01.2009

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 21.01.2009 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 I. Nachtrag 2009/Konjunkturpaket II
Vorlage: 15/1077

Herr Lutz teilt mit, bei dieser Vorlage gehe es zum einen darum, die Konjunktur zu beleben, zum anderen aber auch darum, einige städtische Gebäude in einen besseren Zustand zu versetzen. Der Bund und die Länder hätten Geld zusammengetragen, um mit einer geringfügigen Beteiligung der Kommunen die Konjunktur anzuschieben. Diese Mittel seien inzwischen eingegangen. Leider seien erst in der vergangenen Woche noch die letzten Änderungen für bestimmte Zuschüsse eingegangen, wofür welches Geld verwendet werden dürfe. Ein Teil der benötigten Eigenmittel, die in der Vorlage beziffert seien, stehe im Haushalt

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

zur Verfügung, sodass etwa 570.000 € als Darlehen aufgenommen werden müssten. Für diese Darlehensaufnahme habe das Innenministerium bereits seine Zustimmung signalisiert. Er bittet nunmehr Herrn Docter zu den einzelnen Maßnahmen vorzutragen.

Herr Docter erklärt, besonders die einzelnen Fachdienste seien erfreut über dieses Konjunkturprogramm, weil damit bessere Bedingungen in den einzelnen Gebäuden geschaffen werden können. Die Verwaltung wolle mit ihrem Vorschlag erwirken, eine bessere Wärme- und Energieeffizienz bei vielen Gebäuden zu erreichen. Dabei sei zu beachten, dass das Konjunkturprogramm sehr schnell umgesetzt werden solle und der Umbau während des laufenden Betriebes in den Gebäuden stattfinden werde.

Herr Docter stellt sodann anhand einer PowerPoint-Präsentation das Konjunkturpaket II vor und erläutert es ausführlich. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Wessels bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Mecklenburg bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die aufgrund der engen Terminsetzung sehr zügige Arbeit. Seines Erachtens sei das vorliegende Ergebnis sehr eindrucksvoll. Zwar seien die Sanierungsrückstände der städtischen Gebäude noch um ein Vielfaches höher, aber dieses Konjunkturprogramm bringe die Stadt Emden einen ganz gewaltigen Schritt weiter nach vorne. Gerade auch im Schulbereich seien bislang viele Arbeiten aufgrund der finanziellen Situation zurückgestellt worden. Er vertraue der fachkundigen Tätigkeit des Gebäudemanagements, dennoch beantrage er, diese Vorlage in die Fraktionen zu verweisen, um sie dort ebenfalls zu beraten.

Weiter bemerkt Herr Mecklenburg, er sei darüber erstaunt, dass ohne weiteres 850.000 € aus Haushaltsresten zur Verfügung gestellt werden könnten und somit der größte Teil des städtischen Eigenanteils ohne Darlehensaufnahme finanziert werde. Er hoffe, dass die örtliche Wirtschaft von diesem Konjunkturprogramm in einem großen Maße profitiere und somit auch Arbeitsplätze gesichert werden könnten.

Herr Bongartz führt aus, er sei froh darüber, dass die Stadt Emden sich bei diesem gewaltigen Programm lediglich mit einer Nettokreditaufnahme von 500.000 € zusätzlich verschulden müsse. Seiner Ansicht nach seien nur wenige Städte und Kreise dazu in der Lage. Sein Dank gehe an die Verwaltung, die mit einer ungeheuren Geschwindigkeit ein solches Programm mit Maßnahmen ausgefüllt habe, von denen seiner Meinung nach keine einzige gestrichen werden dürfe. In den Jahren, in denen aufgrund des fehlenden Geldes nicht investiert werden konnte, sei ein gewaltiger Investitionsstau herbeigeführt worden.

Herr Bongartz bemerkt, auch seien die Vergaberichtlinien hierfür vereinfacht worden. Dieses diene nur dazu, die Maßnahmen zu beschleunigen. Seitens der CDU-Fraktion hoffe er, dass dieses Programm möglichst schnell umgesetzt und somit das Geld aus dem Konjunkturprogramm in die Wirtschaft hineingebracht werden könne.

Herr Bongartz bezieht sich auf die Vorstellung der energetischen Konzepte der Fachhochschule. Er regt an, bei den geförderten Projekten auch mit der Fachhochschule zusammenzuarbeiten, die evtl. bei Problematiken hilfreich zur Seite stehen könne.

Herr Baumann bemerkt, bei der gestrigen Vorstellung habe er bereits angedeutet, dass ein großer Teil des Geldes in die Sanierung des Volkshochschulgebäudes gehe, um die Fassade zunächst einmal zu sanieren. Auch bei der Schule Grüner Weg müsse man in die Fenster- und Fassadensanierung einsteigen, um so abzuwägen, ob sich dann auch noch ein Blockheizkraftwerk rechne.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Bolinius bedankt sich zunächst bei der Verwaltung, die hier so flexibel und schnell reagiert habe, da sich die Richtlinien ständig geändert hätten. Er bedankt sich auch dafür, dass die Fraktionsvorsitzenden vorab eingehend über diese Projekte informiert worden seien. Es freue ihn besonders, dass mit der Fassadensanierung bei der BBS I endlich begonnen werden könne.

Hinsichtlich der Ausschreibungen führt Herr Bolinius aus, natürlich sei es zu begrüßen, wenn Emdener Firmen sich daran beteiligen könnten. Doch auch die umliegenden Gemeinden und Städte würden ebenfalls Aufträge vergeben und so müsse man darauf achten, dass die Preise nicht in die Höhe gejagt würden. Insgesamt aber sei er sehr zufrieden mit den dargestellten Projekten und erkläre sich damit einverstanden, dass diese Vorlage noch einmal in die Fraktionen verwiesen werde, um sie dann im Rat beschließen zu lassen.

Herr Lutz erklärt, die Lockerung des Ausschreibungsrechts sei dafür gedacht, dass schneller gehandelt werden könne. Bezüglich des Haushaltsrestes 2008 weist er darauf hin, dass es sich hierbei um den tatsächlichen Rest handle. Abschließend betont Herr Lutz, die Zahlen für die Jahre 2008 und 2009 seien bekannt, da es sich im Prinzip um die Reserven handle, von denen man nicht gewusst habe, ob sie 2008 oder 2009 in den Haushalt fließen würden. Da sie im Jahre 2008 gekommen seien, hoffe er, dass sie auch am Ende des Jahres 2009 noch ausreichen werden. Bei den nunmehr eingesetzten Mitteln handle es sich um Reserven. Mit Sicherheit hätte er keine Kreditaufnahmen gegengesetzt, wenn es noch zu einem bisschen mehr gereicht hätte.

Herr Renken erklärt, für die Kommunen sei es ein Riesenglück, dass das Konjunkturpaket II mit dem Schwerpunkt Investitionsprogramm aufgelegt worden sei. Aus seiner Sicht sei dieses auch das einzig Produktive, was in diesem Paket vorhanden sei und direkt an die Kommunen gehe. Auch gäbe es mittlerweile Stimmen, die behaupteten, dass dieses Konjunkturpaket in den Folgejahren die Kommunen etwas kosten würde, da es auf Bundesebene dazu führe, dass auf die Kommunen zukünftig Einnahmehausfälle aufgrund von Steuersenkungen zukommen würden.

Dennoch sei es positiv, dass mit diesem Programm kurzfristig in der heutigen konjunkturellen Situation ein ganz eindeutiger Schwerpunkt gesetzt worden sei. Auch würden im Laufe der Konkretisierung der Planungen die tatsächlichen Energieeinsparungen beziffert werden können. Eine Vielzahl der hier vorgeschlagenen Maßnahmen seien notwendig. Dennoch gäbe es auch eine Liste von Maßnahmen, die aus diesem Paket nicht realisiert werden könnten.

Abschließend bemerkt Herr Renken, seine Fraktion würde diesem Konjunkturpaket zunächst einmal grundsätzlich zustimmen. Dennoch müsse diese Vorlage vorab noch in den Fraktionen beraten werden.

Bezüglich der Vergabe betont Herr Renken, natürlich öffne die Möglichkeit der freihändigen oder auch beschränkten Vergaben mit den höheren Wertgrenzen, die vom Bundes- oder Landesgesetz auch an die Kommunen empfohlen worden sei, schnellere Möglichkeiten, die Investitionen durchzuführen. Auf der anderen Seite würden viele davor warnen, dass es auf der Anbieterseite zu Preissprüngen kommen könne, da jede Gemeinde und jede Stadt ein Programm auflege. Aus diesem Grunde sei eine gewisse Transparenz notwendig.

Herr Koziolk bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für die Ausarbeitung dieser Vorlage und begrüßt die Durchführung der notwendigen Maßnahmen. Seiner Meinung sei es jedoch wenig erfreulich; dass dazu eine Wirtschaftskrise notwendig gewesen sei. Er erklärt, ihm sei bisher nicht bekannt gewesen, dass die Vergaberichtlinien bei diesem Projekt dermaßen

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

gelockert seien und bitte dahingehend um Erläuterung. Abschließend bitte er um eine Prognose der Haushaltsverschuldung im Bereich der nächsten drei Jahre.

Herr Lutz führt zu den Haushaltszahlen aus, in diesem Jahr habe die Stadt Emden eine Kreditaufnahme von 570.000 € eingeplant, sodass man nunmehr bei 25 bis 26 Mio. € liegen würde. Für die Folgejahre seien ausgeglichene Haushalte eingeplant. Wie sich die Finanzkrise auf den Haushalt auswirken werde, könne er nicht sagen. Es sei jedoch beabsichtigt, keine zusätzlichen Kredite aufzunehmen, sondern die Darlehen regelmäßig zu tilgen.

Herr Docter erklärt, die Vergabeordnung sei vom Bund und vom Land für zwei Jahre begrenzt bis zum 31.12.2010 angepasst worden. Somit habe die Verwaltung u. a. die Möglichkeit, mit einigen Abfragen Dinge auszuschreiben. Auch die Wertgrenzen für eine freie Vergabe seien für diese zwei Jahre hochgesetzt worden. Wobei jedoch diese beschränkte Ausschreibung keinen Zeitgewinn bringe, da die Ausschreibungsunterlagen genauso hergestellt würden wie bisher. Auch das Abfrageverfahren laufe in der gleichen Zeit. Diese Vergabefreiheit sei in erster Linie für Großstädte interessant, wo noch größere Summen vergeben würden.

Herr Bongartz ist der Ansicht, dass bei Ausschreibungen bis zu einer bestimmten Höhe Preisanfragen reichen würden. Seiner Meinung nach würde das eine erhebliche Erleichterung bringen.

Herr Docter führt aus, bei den Preisanfragen müsse eine Vergleichbarkeit hergestellt werden. Das bedeute, es müssten gleiche Unterlagen herausgegeben werden. Bei einem Objekt von 300.000 € sei dieses ein umfangreiches Bauvorhaben mit einem sehr umfangreichen Leistungsbild. Hier müsse auch die Vergleichbarkeit hergestellt und nachgewiesen werden, damit man am Ende bei einer Preisabfrage nicht vor der Vergabekammer landen würde. Daher müssten Leistungsbilder genau beschrieben und den Firmen Zeit gelassen werden, die Unterlagen auszufüllen. Die Stadt Emden habe dadurch keinen Zeitgewinn.

Abschließend bemerkt Herr Docter, die Verwaltung werde in einer der nächsten Sitzungen des Werksausschusses des BEE konkret über die Vergaberichtlinien berichten.

Herr Renken bedankt sich für die Information. Wenn nunmehr zeitliche Vorteile nicht zu erreichen seien, komme in einer Vielzahl von Fällen das übliche Verfahren weiter zur Geltung. Auch habe er die Mitteilung bekommen, dass dieses ein Bundes- und Landesgesetz sei und die Anwendung den kommunalen Körperschaften empfohlen werde. Somit gelte das Gesetz nicht automatisch und ggf. müssten die in den Hauptsatzungen fixierten Wertgrenzen geändert werden.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Kreditaufnahme der Beteiligungsgesellschaften für das Wirtschaftsjahr 2009
Vorlage: 15/1076

Herr Lutz erläutert, nach der NGO seien alle Kreditaufnahmen vom Rat formell zu beschließen. Er weist darauf hin, dass insgesamt eine stärkere Tilgung als eine Kreditaufnahme erfolgt sei. Bei der Zukunft Emden GmbH habe man jedoch einen etwas größeren Kreditaufnahmewunsch geäußert, da die Entwicklung auf dem Frisiapark ggf. noch einmal zu einer Baumaßnahme führen könnte und daher eine Kreditermächtigung in Höhe von 5 Mio. € benötigt werde.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Insgesamt könne er jedoch eine Nettoentschuldung der Stadt Emden feststellen. Dieses sei seiner Meinung nach eine sehr positive Entwicklung.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden genehmigt die Kreditaufnahmen der städtischen Beteiligungsgesellschaften für das Wirtschaftsjahr 2009. Die Wirtschaftspläne werden als Anlage zum Haushaltsplan der Stadt Emden beigelegt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Betrauungsakt für Krankenhaus, europarechtliche Absicherung der Verlustausgleiche
Vorlage: 15/1078

Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 8 Stadiongeseellschaft/Anstalt
Vorlage: 15/1079

Herr Lutz erklärt, in der letzten Ratssitzung sei der Beschluss gefasst worden, eine Gesellschaft zu gründen. Nunmehr würde eine Art Mustergesellschaftsvertrag vorliegen. Lediglich der genaue Gesellschaftszweck würde noch fehlen. Die Verwaltung habe eine Steuerberatungsgesellschaft gebeten, hier beratend tätig zu werden. Diese Gesellschaft befinde sich derzeit noch in der Diskussion mit dem hiesigen Finanzamt, da eine solche Formulierung möglichst steuerunschädlich sein sollte.

Herr Lutz führt zum derzeitigen Stand aus, es handele sich hierbei im Prinzip um einen Vorratsbeschluss, eine juristische Person zu gründen, sofern ein entsprechender Nachweis erfolgt sei. Dieser Nachweis würde bislang immer noch nicht vorliegen. Die Gespräche mit dem Finanzministerium seien derzeit offensichtlich in der Vorbereitung. Erst wenn von dort eine entsprechende Mitteilung komme, werde er bei einem Notar die entsprechende Erklärung abgeben, dass diese Gesellschaft gegründet werden könne.

Weiter bemerkt er, er gehe davon aus, dass rechtzeitig zur Verwaltungsausschuss-Sitzung der Gesellschaftszweck feststehe und ergänzt werden könne. Insoweit bitte er um das Vertrauen, damit dieser Vertrag vorbereitet werden könne.

Herr Jahnke fragt an, ob es entbehrlich sei, bei der Kreditaufnahme nicht über die Höhe des Kredites zu sprechen.

Herr Lutz entgegnet, es liege ein Beschluss des Rates vor, der beinhalte, dass eine Gesellschaft gegründet werde, die Kredite in Höhe von 1,5 Mio. € für das Grundstück und 3 Mio. € für den Bauanteil aufnehmen könne. Der Verein Kickers solle der Stadt Emden für 6 Mio. € die Nutzungsrechte an diesem Stadion abkaufen. Um deren Darlehen würde es hier gehen. Die Kreditaufnahme müsse durch den BSV Kickers z. B. durch einen Darlehensvertrag nachgewiesen werden. Dazu müsse noch die entscheidende Erklärung des Landes Niedersachsen vorliegen, dass es die Bürgschaft ohne eine Rückbürgschaft übernehme. Erst wenn diese Punkte abgesichert seien, werde er zu einem Notar gehen.

Herr Koziolk fragt an, wie ein möglicher Gesellschaftszweck ausformuliert sein könnte.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Lutz erklärt, der Gesellschaftszweck könnte „Erwerb, Umbau und Zurverfügungstellung an die Öffentlichkeit eines städtischen Stadions“ lauten. Es würde dahingehend ausgeführt, dass die Stadt hier ganz klar öffentliche Aufgaben der Daseinsfürsorge wahrnehme, die nicht dem Steuerrecht unterliegen würden.

Herr Bolinius zeigt sich erfreut darüber, dass die Rückbürgschaft nunmehr aufgenommen worden sei. Abschließend bittet er um einen kurzen Sachstandsbericht.

Herr Lutz führt aus, ihm liege noch nichts Konkretes und Endgültiges vor, wonach man sagen könne, das Land habe die Bürgschaftsverhandlungen aufgenommen. Seines Erachtens sei dieses in Vorbereitung. Der derzeitige Stand sei, dass noch kein entsprechender Nachweis vorliege.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden beschließt entsprechend § 108 NGO die Gründung einer Eigengesellschaft mit dem Zweck der zur Verfügungsstellung eines Stadions. Vor Gründung der Gesellschaft müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

1. Bezüglich der Formulierung des Gesellschaftszweckes hat ein Formulierungsvorschlag der beauftragten Rechtsanwaltsgesellschaft vorzuliegen, der körperschaftssteuerlich und umsatzsteuerlich unbedenklich ist. Die entsprechende Erklärung durch die Finanzverwaltung muss vorliegen.
2. Die Kreditaufnahme durch den BSV Kickers Emden ist durch einen Darlehensvertrag oder durch sonstige zuverlässige und rechtskräftige Nachweise von einer Bank oder einer Versicherung nachzuweisen.
3. Es hat eine Erklärung des Landes Niedersachsen vorzuliegen, dass das Land bürgt ohne Rückbürgschaft.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Anmietung eines neuen Verwaltungsgebäudes von der Gewoba für das Gesundheitsamt und die Beratungsstelle
Vorlage: 15/1082

Herr Brinkmann erklärt, als der Rat am 26.06.2008 über das Paket Allianz der Vernunft II beraten habe, habe noch niemand daran gedacht, dass nur kurze Zeit später eine der größten Finanzkrisen mit einer daraus resultierenden Wirtschaftskrise erwartet würde. Man habe damals sogar gehofft, dass Jahr 2008 positiv abschließen zu können. Er habe sogar angestrebt, am Ende der Wahlperiode dem nachfolgenden Rat einen ausgeglichenen Haushalt übergeben zu können mit einer Perspektive für die kommenden Jahre. Dieses habe sich jedoch ab Oktober/November 2008 schnell geändert.

Er führt weiter aus, in dieser Ratssitzung habe er das Paket mit den Maßnahmen vorgestellt und erläutert. Nachweislich des genehmigten Protokolls sei diese Vorlage einstimmig so beschlossen worden. Im Dezember 2008 habe der Verwaltungsausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, mit der GEWOBA einen Vorvertrag zum Abschluss eines Mietvertrages über 20 Jahre für ein Verwaltungsgebäude für das Gesundheitsamt inkl. Sozialpsychiatrischer Dienst und der Beratungsstelle abzuschließen. Außerdem sei

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

beschlossen worden, dass die weiteren Schritte dem Rat vorzulegen seien. Aus diesem Grunde würde Herr Baumann anschließend die Planungen vorstellen und auch anhand von einigen Bildern deutlich machen, wie die Verhältnisse aussehen würden. Noch gäbe es Überlegungen, wo dieser Neubau zu errichten sei. Herr Brinkmann betont, er favorisiere das Grundstück an der Nesserlander Straße. Jedoch habe die CDU-Fraktion deutlich gemacht, dass sie hier noch weitere Überlegungen anstellen wolle.

Herr Brinkmann stellt heraus, das neu errichtete Verwaltungsgebäude III habe eine Energieeinsparung von 60.000 € erbracht. Er führt weiter aus, mit dem Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes werde zum einen in der Nesserlander Straße erneut eine Lücke geschlossen. Zum anderen werde wiederum die Wasserstadt ein Stückchen vorangebracht. Er favorisiere nach wie vor für den Bau des Verwaltungsgebäudes das Eckgrundstück. Das Land Niedersachsen plane, das alte Gebäude des Arbeitsgerichtes gemeinsam mit dem Gebäude, in dem das Gesundheitsamt untergebracht sei, abreißen zu lassen. Herr Brinkmann bemerkt weiterhin, die Verwaltung habe für dieses Vorhaben auch eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um deutlich zu machen, wie man sich die Entwicklung vorstellen könne.

Herr Brinkmann geht anschließend auf den Antrag der FDP-Fraktion ein, die Emsschule als Verwaltungsgebäude zu nutzen. Er sei der Ansicht, dass eine Schule mit klar strukturierten Räumlichkeiten nicht zu einem Verwaltungsgebäude umfunktioniert werden könne. Zudem sei er ein wenig enttäuscht über diesen Vorschlag von Frau Eilers, die sich sehr im Bereich der Kunst und Kultur engagiere. Denn auch ihr sei bekannt, dass das städtische Archiv in sehr beengten Räumlichkeiten lebe und dass man mit dem Kulturgut eigentlich pfleglicher umgehen müsste. Wenn es tatsächlich zu dem Beschluss des Rates kommen sollte, eine Grundschule in der Cirksenaschule zu errichten, dann würde er dem Rat vorschlagen, in der Emsschule das städtische Archiv unterzubringen.

Abschließend erläutert Herr Brinkmann, der Rat habe der Verwaltung den Auftrag erteilt, einen Vorvertrag mit der GEWOBA abzuschließen und über die Planungen zu berichten. Die GEWOBA habe nunmehr in Verbindung mit dem Gebäudemanagement zwei Architektengemeinschaften beauftragt, einen Entwurf für ein neues Verwaltungsgebäude anzufertigen. Er bittet darum, die städtebaulichen Perspektive, die sich auf dem Dreiecksgrundstück an der Nesserlander Straße ergeben, bei den Entscheidungen zu bedenken. Seiner Meinung nach werde hier ein ganz wichtiger Grundstein gelegt.

Herr Baumann erläutert, wie bereits von Herrn Brinkmann ausgeführt, favorisiere die Verwaltung für ein neues Verwaltungsgebäude den Standort an der Nesserlander Straße. Es würden nunmehr die Planungen der beiden Architektengemeinschaften Beyer & Freitag sowie Slomka & Schümann vorliegen, die er jetzt kurz anhand einer PowerPoint-Präsentation vorstelle. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Baumann geht dann auf die Hauptnutzflächen ein und stellt die Kosten dar. Abschließend bemerkt er, die Verwaltung sei der Meinung, dass insbesondere die Architektur der Architektengemeinschaft Beyer & Freitag besser in das Bild der Nesserlander Straße passen würde als der Vorschlag der Architektengemeinschaft Slomka und Schümann.

Herr Brinkmann fasst zusammen, es gehe heute nur darum, welches Grundstück bevorzugt werden solle. Er weist darauf hin, dass der Grundsatzbeschluss, dass die Stadt Emden ein Gebäude von der GEWOBA anmiete, bereits im Verwaltungsausschuss gefallen sei. Selbstverständlich könnten zu gegebener Zeit die ausgereiften Pläne dem zuständigen Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Wessels bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Frau Eilers bedankt sich zunächst für die sachliche Erläuterung. Hinsichtlich ihres Antrages erklärt sie, dieser Vorschlag beinhalte, dass die FDP-Fraktion eine Anmietung zurückstellen lassen wolle. Ihre Fraktion habe große Bedenken, was diesen Neubau angehe, da der Beschluss über die Allianz der Vernunft zu einem Zeitpunkt gefallen sei, als man die Wirtschaftskrise nicht ahnen konnte.

Weiter führt sie aus, in der Diskussion um die Schullandschaft habe sich gezeigt, wie viele große repräsentative Gebäude leer stehen würden. Insofern läge diese Überlegung auch auf der Hand. Sie könne nicht einsehen, warum es nicht vernünftig sei, das Gebäude der Emsschule anstelle eines Neubaus zu nutzen. Es erschließe sich ihr nicht, warum man diese Schule nicht als Verwaltungsgebäude nutzen könne, zumal dort auch Beratungsstellen angesiedelt werden sollen. Auch die Unterbringung eines Archivs müsste zunächst geprüft werden. Ihrer Meinung nach setze dieses eine Machbarkeitsstudie voraus. Frau Eilers erinnert daran, dass sie vor etwa vier Jahren auch diesen Vorschlag gemacht habe. Damals habe die Verwaltung erklärt, dieses sei nicht zu finanzieren. Sie stellt abschließend noch einmal die Frage, wann mit einer Prüfung zu rechnen sei.

Herr Lutz betont, ob die Emsschule als Schule erhalten bleibe, müsse zunächst der Rat entscheiden. Im Vorfeld bräuchte man sich über eine evtl. anschließende Nutzung noch nicht großartig zu unterhalten. Sollte sich der Rat dann tatsächlich dafür entscheiden, dass die Emsschule gemeinsam mit der Nesserlander Schule in die Cirksenaschule ziehen werde, so werde dieses noch etliche Jahre dauern, bis dort auch Räumlichkeiten frei würden.

Herr Bongartz bemerkt, in dem Presseartikel der FDP-Fraktion sei zu lesen gewesen, dass alle, die den Bau des Verwaltungsgebäudes beschlossen hätten, noch einmal ihre Entscheidung überdenken sollten. Seiner Meinung nach sei dieser Beschluss auch mit den Stimmen der FDP einstimmig gefasst worden. Dieser Artikel lasse vermuten, dass die FDP-Fraktion nicht mit beschlossen habe. Der Rat habe jedoch einstimmig den Haushalt beschlossen und ein Bestandteil des Haushalts sei auch die Allianz der Vernunft II mit dem Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes gewesen. Es habe damals keinen Widerspruch gegeben.

Weiter erklärt Herr Bongartz, seine Fraktion habe damals zugestimmt, ein solches Gebäude zu bauen und von diesem Beschluss wolle man auch in der Zeit der größten Weltwirtschaftskrise nicht abweichen. Seiner Meinung nach könne es keinen besseren Zeitpunkt geben, um die Arbeitsplätze in dieser Stadt und Umgebung auch durch Maßnahmen der Stadt zu sichern. Bezüglich des Standorts spricht Herr Bongartz sich für das Grundstück des ehemaligen Neptunhauses aus, da hier nicht so viele zusätzliche Kosten wie z. B. Erschließungskosten anfallen würden. Seiner Meinung nach könne auch die Emsschule nicht ins Spiel gebracht werden, da sie frühestens im Jahre 2013/2014 zur Verfügung stehe und man heute nach besten energetischen Gesichtspunkt ein Verwaltungsgebäude errichten wolle. Weiter würde er sich für den Vorschlag von dem Architektenbüro Beyer & Freitag entscheiden.

Herr Jahnke bemerkt, es habe sich bereits heute in der Zeitung abgezeichnet, dass die Diskussion über ein Verwaltungsgebäude wieder hervor geholt werde. Dieses passe seiner Ansicht auch wunderbar zur gegenwärtigen Situation der Finanzkrise. Seine Fraktion werde aber weiterhin zu dem damaligen Beschluss stehen, da festgestellt worden sei, dass das Gesundheitsamt und auch der Sozialpsychiatrische Dienst in ihren jetzigen Gebäuden nicht mehr bleiben könnten. Dieses sei auch der Grund gewesen, ein neues Verwaltungsgebäude zu errichten. Hinsichtlich des Standortes des Gebäudes müsse sehr wohl darüber diskutiert werden, da es hierbei evtl. um zusätzliche Kosten gehen würde. Auch könne er sich für einen Entwurf der beiden Architektengemeinschaften noch nicht entscheiden, da es sich immerhin um

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

einen Unterschiedsbetrag von 500.000 € handele. Dieses wolle er erst in seiner Fraktion diskutieren.

Herr Renken erklärt, seine Fraktion warne davor, die Sache zu schnell voranzutreiben, auch im Hinblick auf die finanzielle Entwicklung mit der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung und der Verpflichtung gegenüber Kickers. Außerdem müsse für das neue Verwaltungsgebäude, welches von der GEWOBA gebaut werde, die Miete bezahlt werden. Weiter gibt Herr Renken zu bedenken, dass die Betriebskosten für ein neues Verwaltungsgebäude um ca. 130.000 € jährlich ansteigen würden. Diese Tatsache dürfe nicht einfach wegdiskutiert werden. Der Zeitdruck sei seines Erachtens hier nicht gegeben und aus diesem Grunde schlage er vor, zunächst auch im Hinblick auf die Frage des Standortes, der Kosten und der Finanzierbarkeit gründlich abzuwägen. Ferner müsse darüber nachgedacht werden, was mit den städtischen Mitarbeitern in der ARGE geschehe, wenn diese wieder zur Verwaltung zurückkommen sollten.

Herr Brinkmann entgegnet, niemand werde auf die Idee kommen, dass räumliche Gebilde der ARGE wieder auseinander zu reißen. Hier müsse dann ganz schnell überlegt werden, ob es nicht im Sinne der Bevölkerung sei, den städtischen Teil im dortigen Gebäude zu belassen, um so den Bürgern lange Wege zu ersparen.

Auch wolle die Liegenschaftsbehörde der Landesregierung das Grundstück, auf dem jetzt noch das Gebäude des Gesundheitsamtes stehe, verkaufen. Aus diesem Grunde sei ein Zeitdruck vorhanden. Zum anderen werde diese Bautätigkeit für die Emdener Bauunternehmen dringend benötigt, daher könne er nur empfehlen, diese Angelegenheit nicht zu verzögern. Er bitte um ein klares Ja oder Nein.

Abschließend weist Herr Brinkmann darauf hin, dass die Verwaltung versuchen würde, für die Zusammenführung des Gebäudemanagements mit einem Teil Bauunterhaltung des BEE ein geeignetes Gebäude in Emden zu finden. Dieses sei bisher nicht gelungen. Er weist weiter darauf hin, dass nicht nur für das Emdener Stadtarchiv, sondern auch für das Staatsarchiv, welches in Emden untergebracht sei, eine Lösung gefunden werden müsse. Die Nähe der Emsschule zur Johannes a Lasco Bibliothek würde sich bei einer Zusammenlegung anbieten. Seiner Meinung nach sei die Emsschule für ein Verwaltungsgebäude sowohl von der Statik als auch von der Aufteilung der Klassenräume völlig ungeeignet.

Herr Bolinius erklärt, er müsse den Behauptungen von Herrn Bongartz, die FDP-Fraktion habe einem Verwaltungsgebäude IV zugestimmt, widersprechen. Seine Fraktion habe dem Haushalt zugestimmt und in dieser Vorlage habe nichts von einem Verwaltungsgebäude gestanden. Von Anfang an habe die FDP gegen ein Verwaltungsgebäude gestimmt, so wie sie auch gegen das Verwaltungsgebäude III gewesen sei. Seiner Ansicht nach sei die Suche nach Alternativen durchaus legitim. Er könne auch den Zeitdruck, den Herr Renken geschildert habe, zweifellos nachvollziehen. Schließlich würde hier eine Summe von 3 Mio. € ausgegeben werden. Herr Bolinius erkundigt sich, ob zu den Mehrkosten in Höhe von 140.000 € auch noch die 40.000 € jährlich dazukämen, die das Projekt von Beyer & Freitag mehr kosten würde.

Bezüglich der Ansiedlung des Staatsarchivs bemerkt Herr Bolinius, er höre davon heute zum ersten Mal und fragt an, um welchen Kostenrahmen es sich hierbei handeln würde.

Herr Brinkmann betont, die FDP-Fraktion habe dem Haushalt in der Ratssitzung am 26.06.2008 zugestimmt. Dieses sei aus der genehmigten Niederschrift Nr. 9 des Rates zu entnehmen.

Hinsichtlich des Archivs führt Herr Brinkmann aus, das Gebäude der Emsschule stehe derzeit nicht zur Verfügung und es müsse zunächst abgewartet werden, wie sich der Rat entscheide.

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Baumann erklärt bezüglich der Baukosten, die 40.000 € kämen nicht mehr zu dem Betrag dazu.

Herr Bolinius stellt heraus, seine Fraktion sei immer gegen ein neues Verwaltungsgebäude gewesen. Daher könne er sich nicht vorstellen, dass im Nachtragshaushalt auch nur 1 € für ein neues Verwaltungsgebäude stehen würde.

Herr Brinkmann entgegnet, in der Anlage sei das komplette Programm vorhanden.

Herr Koziolk führt aus, seine Fraktion habe für das Verwaltungsgebäude gestimmt. Auch würde er den Standort Nesserlander Straße favorisieren. Es handele sich hier durchaus um eine Notwendigkeit, dieses Gebäude zu bauen. Um das den Bürgern auch zu vermitteln, müsse eine dahingehende Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Weiter führt er aus, wenn ein altes Gebäude wie die Emschule als Verwaltungsgebäude genutzt werden solle, müssten Gelder für die Umbaumaßnahmen einkalkuliert werden, von denen man auch ein neues Gebäude bauen könnte.

Herr Renken weist darauf hin, dass der Haushalt 2008 bereits im März beschlossen worden sei. In dieser Ratssitzung hätten sich die Fraktionen auch zu dem mündlichen Vorschlag von Herrn Brinkmann geäußert. Er persönlich habe damals eine sehr skeptische Aussage getroffen. Dennoch habe seine Fraktion dem Haushalt zugestimmt. Der Beschluss hinsichtlich des Verwaltungsgebäudes sei erst im Dezember 2008 gefasst worden. Im Nachtragshaushalt sei das Verwaltungsgebäude nicht erwähnt, sondern nur der Begriff Allianz der Vernunft II verwendet worden. Daher könne er die Argumentation der FDP-Fraktion nachvollziehen.

Herr Brinkmann entgegnet, in der damaligen Beschlussvorlage seien die Anlagen genannt worden. Aus dieser Anlage sei ersichtlich, was zu beschließen gewesen sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Stellenplanentwicklung
Vorlage: 15/1080

Herr Lutz führt aus, aus der Anlage zur Vorlage sei ersichtlich, wie sich die Zahl der Beschäftigten von 1993 bis heute verringert habe, obwohl teilweise die Arbeit umfangreicher geworden sei. Trotz aller Bemühungen der letzten Jahre sei es bei einer Stadt dieser Größe und Lage nicht mehr möglich, weitere Stellen abzubauen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 11 Verpachtung Friesenkrug in Wybelsum;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 12.01.2009
Vorlage: 15/1074

Herr Baumann führt aus, es würde ein Antrag der FDP-Fraktion hinsichtlich der Neuverpachtung des Friesenkruges in Wybelsum vorliegen. Gestern sei auch noch eine

Niederschrift Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Anfrage der CDU-Fraktion diesbezüglich eingegangen, die der Verwaltung vorwerfe, warum solange mit der Neuverpachtung gezögert werde. Herr Baumann stellt heraus, er wolle einer öffentlichen Sitzung nicht über einen Pachtvertrag reden, da er dann Zahlen nennen müsse, die nicht für die Öffentlichkeit vorgesehen seien. Weiter führt er aus, die Ausschreibung sei nunmehr erst gestartet worden, weil die Verwaltung in den vergangenen Monaten immer wieder in Gesprächen mit der Pächterfamilie gestanden habe. Auf deren ausdrücklichen Wunsch habe man darüber Stillschweigen vereinbart. Erst Anfang März habe die Pächterfamilie endgültig mitgeteilt, dass sie an der Auflösung des Pachtvertrages festhalte. Daraufhin sei die Ausschreibung veröffentlicht worden. Mittlerweile gäbe es eine Anfrage eines Interessenten, mit dem in der nächsten Woche ein Gespräch geführt werde. Herr Baumann erklärt, er biete an, zu den heutigen und den zukünftigen Pachtbedingungen in einer Verwaltungsausschuss-Sitzung Stellung zu nehmen.

Herr Wessels bemerkt, die Verwaltung bemühe sich redlich um einen neuen Pächter für den Friesenkrug in Wybelsum.

Herr Bolinius bittet darum, im Verwaltungsausschuss über die Konditionen zu sprechen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 vorrangige Auftragsvergabe an hiesige Handwerksunternehmen;
- Antrag der Fraktion Die Linke. vom 23.02.2009
Vorlage: 15/1075

Herr Koziolk erklärt, seine Fraktion habe den Antrag gestellt, bei Auftragsvergaben die Arbeiten vorrangig an Emdener Handwerker zu vergeben, da ihre Angebote manchmal tatsächlich nur wenige Hundert Euro höher liegen würden als das des günstigsten Unternehmers. Er erkundigt sich, ob hinsichtlich des § 25 VOB/A auch solche Angebote berücksichtigt würden, die von Betrieben abgegeben worden sei, die bereits Leistungen mit Mängeln erbracht hätten. Er würde die Sachlage anders verstehen, als in der Stellungnahme der Verwaltung erläutert worden sei.

Herr Brinkmann bittet Herrn Koziolk, sich diese umfangreiche Materie in einem persönlichen Gespräch mit Herrn Lutz detailliert erklären zu lassen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 14 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.